

Klausur der Gemeindevertretung Stahnsdorf am 07./08. Oktober 2016 Dokumentation der Ergebnisse

Erwartungen an die Klausurtagung:

- Ergebnisse im Sinne eines Tools/Leitfadens zur Zusammenarbeit
- Gute Ergebnisse, die gut und intensiv kommuniziert werden können - und müssen
- Procedere innerhalb der GV klären
- Procedere des Zusammenarbeitens zwischen Verwaltung und GV klären

Zusammenarbeit zwischen GV und Verwaltung - Wahrnehmungen und Vereinbarungen

- Eindruck: Die Verwaltung macht deutlich mehr, als in der Politik wahrgenommen wird
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung muss weiter verbessert werden
- Regelung von Anfragen an BM/Verwaltung
 - o Wahrnehmung in der Verwaltung bei Anfragen:
„Wir haben einen Fehler gemacht“.
 - o Anfragen sind häufig negativ konnotiert und bedingen dann Antworten durch die Verwaltung, die prospektiv vor allem auch Folgen/Konsequenzen der gegebenen Antwort mitdenken.
 - o Vertrauenskultur fehlt
 - o Idee: Anfragen mit Drucksachenummern versehen
 - o Braucht klare Systematik: Wer ist Ansprechpartner? An wen sind die Anfragen zu richten?
 - o Braucht realistische Fristen (steht bereits in der Geschäftsordnung der Gemeinde)
 - Kleine Anfragen
 - Große Anfrage
 - o Was ist dazu von der Verwaltung zeitlich leistbar?
 - Themen werden von jeweils einer Person in der Verwaltung inhaltlich vertreten. Bedingt ggf. zeitliche Probleme bei Abwesenheit
- ALRIS stärker mitdenken
 - o Möglichkeiten reflektieren – Konzeptentwicklung dazu ist bereits beschlossen durch die GV
 - o Ausnahme könnten baurechtliche Planungen sein (z.B. Pläne auslegen)

- Kommunalen Sitzungsdienst: positiv

**- Vereinbarung:
Strukturen schaffen für Anfragen an die Verwaltung von Mitgliedern der Gemeindevertretung (durch Anpassungen in der GO)**

- Alle Anfragen sind an den Bürgermeister zu richten (Kommunaler Sitzungsdienst immer in CC)
 - Funktionsadresse dafür wird ggf. eingerichtet
 - Anfrage@stahnsdorf.de
- Eingangsbestätigung per Mail
- Vergabe einer Anfragenummer
- Alle Anfragen in ALLRIS sichtbar machen mit Fragestellung und Antworten (der BM entscheidet, ob Frage/Antwort im öffentlichen oder nichtöffentlichen Teil dargestellt wird)
- Ggf. Zwischennachricht, wenn Verzögerung der Beantwortung zu erwarten ist
- Bezugnahme in der Sitzung der GV: „Die Antworten zu Anfragen Nr. ... sind in ALLRIS nachzulesen. Anfrage Nr. ... ist aus Grund ... nichtöffentlich.“
- Geschäftsordnung: „Debatten über Anfragen sind nicht zulässig.“

**- Vereinbarung:
Möglichkeiten von ALRIS gemeinsam reflektieren und für Stahnsdorf konkretisieren**

- vgl. Beispiel Teltow

**- Vereinbarung:
Akteneinsichten regeln (vgl. § 29 BbgKVerf)**

- Die Sinne schärfen für gesetzliche Regelungen.
- Bei Stellung eines Antrages auf Akteneinsicht ist dieser gemäß Gesetz zu begründen (zu welchem Zweck wird der Antragsteller die Akte einsehen? etc.).
- Eingangsbestätigung ergeht durch die Verwaltung.
- Akteneinsicht zügig gewähren; dem BM bleibt überlassen, sich zunächst selbst dazu zu informieren. Sollte das die Akteneinsicht deutlich verzögern, dann wird das dem Antragsteller mitgeteilt.
- Wenn Akteneinsicht aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist (Datenschutz, laufende Vergaben etc.), ist Verweigerung kurz schriftlich zu begründen.

**- Vereinbarung:
Kommunikationsfluss verbessern durch interfraktionelle Runden**

- Interfraktionelle Runden mit BM und GV etablieren
 - Regelmäßig und unabhängig von Sitzungsrunden der GV
 - Themenbezogen
 - Nichtöffentlich und ohne Zwang zur Beschlussfassung
 - Ziel der Runden: Meinungsbildung, informeller Austausch

- BM und beide stellvertretenden BM
- Immer mit den Fraktionsvorsitzenden
- Themenbezogen werden bei Bedarf weitere Akteure dazu geladen
- Neuer Sitzungskalender für die kommende Wahlperiode sieht dafür Zeitfenster vor

**- Vereinbarung:
Protokolle zeitiger versenden**

- Wird über ALRIS weiter verbessert.
 - Ergebnisprotokolle werden zukünftig sofort in ALRIS eingestellt.
 - Perspektivisch nur noch Ergebnisprotokolle vorsehen. Ergänzend gibt es die Möglichkeit, dass GV-Mitglieder ihre Meinung im Gremium auch explizit zu Protokoll geben können.
 - Idee: Spracherkennungssoftware nutzen, um Niederschrift der Protokolle weiter zu beschleunigen.
- Verwaltungsseite mitdenken: Es geht manchmal der Blick dafür verloren, dass das was beschlossen wird, auch umgesetzt werden muss. Wunsch aus der Verwaltung nach mehr Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung. Diskussionskultur konkretisieren (vgl. dazu unten: interfraktionelle Runde)

**- Vereinbarung:
Anträge der Fraktionen werden durch die Verwaltung auch im Hinblick auf Kommunalaufsicht reflektiert**

- vgl. gesetzliche Vorschriften – ist so vorgesehen
 - Erwartung der Politik: bei Mängeln sofort benennen durch den BM
- *Exkurs:*
- *Wunsch aus der Politik: Bevölkerungswachstum grafisch darstellen:*
 - *Aufstellung erarbeiten*
 - *Bevölkerungswachstum*
 - *Aufgabenzuwachs*
 - *Entwicklung der Mitarbeiterzahlen in der Gemeindeverwaltung*
 - *Anschließend gemeinsam reflektieren und ggf. Maßnahmen ableiten*
 - *z.B. Arbeit neu strukturieren*

Zusammenarbeit innerhalb der GV – Wahrnehmungen und Vereinbarungen

- Diagnose
 - Mehrheiten in der GV sind knapp – knappe Mehrheiten bedingen intensive (und dann manchmal auch emotionale) Aushandlungsprozesse
- Grundherausforderung: Jeder BM ist politisch gewählt auf Grundlage der BbgKVerf - und damit nicht (immer) neutral
 - Bedingt Spagat
 - Vertretung aller Mehrheitsbeschlüsse der GV nach außen
 - Erfordert mehr informellen Austausch (s.o.)
- Diagnose:
 - Es gibt Misstrauen zwischen politischen Vertretern der GV und dem BM
 - Das erfordert mehr direktes Gespräch und institutionalisierten Austausch (vor allem auch jenseits der etablierten Gremien)
- Fraglich: Braucht es informelle interfraktionelle Runden auf Einladung des BM zwischen Verwaltung und Fraktionsvorsitzenden für Meinungsbildung? Wie kann das funktionieren? Forciert das die inhaltlichen Diskussionen?
- Informelle Runden müssten monatlich und unabhängig von Sitzungszyklen der GV stattfinden, um jeweils aktuelle Themen aus dem politischen Raum anzudiskutieren (s.o.)
- Idee: Thema erst einbringen in Gremien und (an)diskutieren, dann Konzeption erarbeiten. Braucht ggf. eine festgelegte Schrittfolge (vgl. interfraktionale Runde)
- Fraktionsvorsitzende sollten sich regelmäßig untereinander abstimmen, treffen und Meinungen austauschen
- Grundherausforderung: Politische Blockbildung
 - Keine Multiplikatoren für ausgewählte Themen (oder thematische Gruppierungen)
 - Aufgabe der Parteien: Mehr Mut für den Einzelnen vs. Fraktionszwang
 - Diagnose: Umgang miteinander innerhalb des Gremiums funktioniert z.T., ist aber noch verbesserungswürdig
- Diagnose: Zu viel Aktionismus – weniger Betrachtung des großen Ganzen (Strategie). Häufig wird zu wenig agiert, sondern nur noch reagiert.
- Idee: Bei langen (besonders auch für den Vorsitzenden anstrengenden) Sitzungen abwechselnde Vorsitzende der GV vorsehen.

- Bräuchte Verankerung in der Geschäftsordnung.
- Ausschusdiskussionen sind derzeit wenig ergiebig. Die politische Arbeit ist kaum erkennbar.
- Positives Beispiel Sozialausschuss
 - Projekte werden vorgestellt
 - Alle Fraktionen konnten sich im Nachgang damit beschäftigen
 - Dann Beschlussfassung auf Grundlage einer Vorlage
- Ausschussarbeit
 - Verbindlichkeit der Vorberatungen in den FA etablieren
 - Nicht umsetzbar – Zurückverweisung aus Gemeindevertretung/Hauptausschuss in die Fachausschüsse ist vorgesehen
 - „Zurückverweisung nicht persönlich nehmen“
 - BbgKVerf - Hauptausschuss hat die Beschlüsse der anderen Ausschüsse miteinander abzugleichen. Geschäftsordnung der Gemeinde sieht das derzeit anders vor
 - Evtl. inhaltliche Kurzstatements zu Abstimmungsverhalten im Finanzausschuss im Hauptausschuss mit vorsehen, um Verständnis des Abstimmungsverhaltens zu erhöhen
 - Ideal wäre, wenn der Hauptausschuss auf ein Nein des Finanzausschusses nochmal reagieren könnte – und nicht erst in der GV (konkret ist das im neuen Sitzungsplan so vorgesehen; dieser Aspekt kann deshalb mit berücksichtigt werden)
- Selbstverpflichtung zu mehr Kommunikation innerhalb der Fraktionen
- Im Fokus der Diskussionen sollte die thematische Arbeit bzw. das Interesse an thematischer Arbeit stehen; hier sollen persönliche Animositäten im Sinne einer Selbstverpflichtung außen vor bleiben.

- Vereinbarung: Appell formulieren zum gegenseitigen Umgang in der GV

- Erster Vorschlag (muss noch diskutiert und ggf. geschärft/ergänzt werden):
 - „Als gewählte Mitglieder der Gemeindevertretung Stahnsdorf stehen wir mit unserer Arbeit im besonderen Fokus der Öffentlichkeit. Wir tragen mit unserem Verhalten als politische Mandatsträger eine Mitverantwortung für das öffentliche Erscheinungsbild der Gemeinde sowie der Gremien der Gemeinde. Dieser besonderen Verantwortung sind wir uns bewusst und richten unser Verhalten als Mitglieder der Gemeindevertretung daran aus. Es ist unser erklärtes Ziel, Politikver-

drossenheit durch positives Handeln und Agieren entgegenzuwirken. Das braucht kontroverse und intensive Diskussionen in der Sache ohne persönliche Diskreditierung Einzelner.“

- „Im Sinne einer Selbstverpflichtung achten wir deshalb als Mitglieder der Gemeindevertretung Stahnsdorf in der gemeinsamen Arbeit und im politischen Diskurs auf Grundhöflichkeit, Fairness, Respekt und gegenseitige Achtung der jeweiligen Personen sowie der Arbeit der jeweils anderen. An diese Grundregeln erinnern wir uns gegenseitig.“
 - „Unsere Arbeit als politische Mandatsträger soll die Bürgerinnen und Bürger der Stadt motivieren, sich mit ihrem Engagement einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Es ist unser erklärtes Ziel, das Ehrenamt und ehrenamtliche Tätigkeit zu fördern. Für dieses Ziel wollen wir als Mitglieder der Gemeindevertretung beispielgebend sein.“
- Appell erfordert Kommunikation in die gesamte GV und muss im Miteinander wachsen.
 - Idee: Vereinbarung formulieren und gemeinsam Verbindlichkeit schaffen:
 - z.B. durch Selbstverpflichtung jedes einzelnen GV-Mitglieds (Unterschrift o.ä.)
 - z.B. durch regelmäßige Thematisierung

Steuerungskreislauf (SKL)

- Modell LK Potsdam-Mittelmark wurde gemeinsam reflektiert.
 - Das Modell ist grundsätzlich auch für Stahnsdorf geeignet, um Zieldiskussionen zu strukturieren.
 - Viele Aspekte aus dem SKL gibt es bereits in Stahnsdorf.
 - SKL mit „Bürgerforum“ steht ggf. dem „Bürgerhaushalt“ entgegen. Hier muss man sich perspektivisch für ein Vorgehen entscheiden.
- Vereinbarung: für 2017/2018 konkretisiert die Verwaltung den SKL für die Gemeinde Stahnsdorf und stellt diese Konkretisierung der Politik vor.

„Moderates Wachstum“

- Vgl. Zahlen aus dem Impuls von BM Albers (Handout)

- Vereinbarung im Hinblick auf Leitbilddiskussion (Zielhorizont: 5-10 Jahre)

- Für Verwaltung und GV ist moderates Wachstum im Hinblick auf die Leitbilddiskussion eine Entwicklung der Gemeinde Stahnsdorf entsprechend der Bevölkerungsvorausschätzung des LA für Bauen und Verkehr Brandenburg für die Jahre 2014 bis 2030.
 - Ein S-Bahn-Anschluss für Stahnsdorf wird mitgedacht und kann die derzeitigen Bevölkerungsprognosen verändern. Dafür sind Potenzialflächen vorhanden, die weiter konkretisiert werden können. Die Untersuchungen des Landes Brandenburg zur Ansiedlung weiterer S-Bahn-Anschlüsse laufen. Der neue Landesnahverkehrsplan des Landes Brandenburg wird 2017 für 2018 beschlossen und gilt dann 5 Jahre. Bis zur tatsächlichen Errichtung eines S-Bahn-Anschlusses dauerte es ca. 10 Jahre

Regionale Kooperation

- Impuls von BM Albers zum Stand der regionalen Kooperation (Feuerwehr, Wasser Abwasser Zweckverband (WAZV), Sportverein, Ausschuss für regionale Angelegenheiten) etc.
- Fokus regionaler Kooperation: Stahnsdorf, Teltow, Kleinmachnow

- Vereinbarung im Hinblick auf Leitbilddiskussion

- Wir bekennen uns zu unserer Heimat Stahnsdorf. Regionale Kooperation denken wir intensiv mit und konkretisieren sie themen- und projektbezogen. Wir wollen auch bei regionaler Kooperation Identität und Heimatgefühl erhalten und stärken entlang von Identitätspunkten (Orte, Themen etc.).

- Wir streben intensive Abstimmungen und Austausch mit unseren Nachbarkommunen an. Ziel ist dabei explizit auch das Nachdenken über Arbeits-/Aufgabenteilungen, soweit das rechtlich möglich ist.

- Themen regionaler Kooperation
 - o Tourismus
 - o Kooperation mit RPA Kleinmachnow

Reflexion der Arbeitsgruppen für den Leitbildprozess

Vereinbarung: die Themen-Struktur der Arbeitsgemeinschaften wird angepasst

AG 1: Leben, Wohnen, Arbeiten, Umwelt

AG 2: Soziales, Familie, Kinder, Jugend, Senioren

AG 3: Verkehr, Mobilität, technische Infrastruktur, Wirtschaft

AG 4: Bürgerschaftliches Engagement, Identität, Kultur, Freizeit